Nr. 349. 42. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 12. Juli 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Aussichten des Waffenstillstandes.

Die Waffenstillstandsunterhandlungen werden, wie aus allen heute vorliegenden Meldungen zu erkennen ist, von Rußland mit Hochdruck geführt, es steht aber noch dahin, ob ihnen ein unmittelbarer Erfolg beschieden sein wird. Eine Havasdepesche aus Sofia berichtet zwar, daß Rußland von sämtlichen Kriegführenden die offizielle Bevollmächtigung erhalten habe, über einen Modus zur Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln, aber die Schwierigkeit liegt eben darin, diesen Modus zu finden. Serben wie Griechen verlangen offenbar, ehe sie sich auf einen Waffenstillstand einlassen, bestimmte Garantien, daß ihre weitgehenden Forderungen bezüglich der künftigen Grenzfestsetzung erfüllt werden. Namentlich die Griechen, die zu den starken Erfolgen der letzten Tage nun auch noch die Einnahme von Serres, eines für sie überaus wichtigen Platzes, gefügt haben, schrauben ihre Ansprüche immer höher. Es wird auch gemeldet, daß die Bulgaren, ehe sie Serres verließen, dort (gewissermaßen als Rache für Saloniki) ein Massaker unter den Griechen veranstaltet hätten, ein Vorgang, der auf die Friedensneigung der Hellenen nur dämpfend wirken kann. Für die Russen ist die Aufgabe, die beiden Gegner Bulgariens zu einer Beschränkung ihrer Ansprüche zu bewegen, keineswegs leicht, um so mehr als der rumänische Vormarsch die Zwangslage der Regierung in Sofia täglich erhöht. Die rumänischen Truppen gehen ohne Rast von Silistria aus nach Süden vor und werden die Linie Tuturkaja—Baltschik bald besetzt haben. Man spricht heute in Bukarest schon davon, daß tatsächlich auch die Okkupation von Rustschuk und Warna geplant sei. Dies braucht natürlich keinen dauernden Anspruch Rumäniens auf diese Plätze einzuschließen, aber eine solche Okkupation würde der Bereitwilligkeit der Griechen und Serben zu einem billigen Ausgleich eher hinderlich als förderlich sein. Ueber die Zustände in Bulgarien selbst fehlen authentische Nachrichten. Nach einer offiziösen Depesche fühlt sich angeblich Danew noch immer als Herr der Lage, in Bukarest hingegen werden die sensationellsten Gerüchte verbreitet, die von Aufruhr und Straßenkämpfen, von Attentaten und ähnlichem sprechen. Diese Gerüchte sind mit der gebührenden Vorsicht aufzunehmen, unverkennbar aber ist, daß, je schwieriger sich das russische Vermittelungswerk gestaltet, um so mehr auch die Gefahr für die innere Lage in Bulgarien anschwillt.

* * *

Das Zögern der Sieger.

Kronrat in Petersbof.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊠ **Petersburg,** 12. Juli.

Im russischen Ministerium des Auswärtigen wird jetzt erklärt, daß Bulgarien den Schiedsspruch Rußlands angenommen hat. Durch das Einrücken Rumäniens, so wird weiter mitgeteilt, ist die Stimmung in Sofia derart niedergedrückt, daß der König Ferdinand zu allen Konzessionen bereit ist. Nun hat Rußland in Belgrad, Sofia und Athen die Forderung gestellt: erstens alle Kriegsaktionen sofort vor Abschluß eines Präliminarfriedens einzustellen, zweitens den Präliminarfrieden sofort auf unbestimmte Zeit zu schließen, drittens, wenn die Balkanstaaten nicht einfach direkt unter einander die Friedensverhandlungen führen wollen, ihre Vertreter zur Friedenskonferenz sofort nach Petersburg zu senden. Man erwartet nun hier, daß die Kriegführenden entweder nach wenigen Tagen mit Verhandlungen unter einander beginnen oder ihre Delegierten nach Petersburg senden werden. An den Verhandlungen wird auch Rumänien teilnehmen. Von der serbischen Diplomatie wird diese optimistische Auffassung nicht geteilt. Sie versichert ganz im Gegensatz zur Ansicht des Ministeriums des Auswärtigen, daß vorläufig gar kein Grund vorliege, die Friedensverhandlungen sofort aufzunehmen. Serbien wie Griechenland haben die Absicht, größere Gebietsforderungen in Mazedonien als vor dem Kriege zu stellen. Mit der Entsendung von Delegierten zur Friedenskonferenz nach Petersburg sei Serbien einverstanden, falls die Friedensverhandlungen auf dem Kriegsschauplatz sich zerschlagen sollten. Zu der Angelegenheit wird an offizieller Stelle außerdem versichert, daß Rußland in Sofia, Belgrad und Athen nur zur Einstellung der Feindseligkeiten „geraten", sie aber keineswegs kategorisch „gefordert" habe. Die russischen diplomatischen Vertreter seien hiermit durchaus unabhängig von den übrigen Vertretern der Großmächte in Sofia und Belgrad vorgegangen. Ein Kollektivschritt der Großmächte sei nicht einmal angeregt worden. Das „Nowoje Wremja" bestätigt, daß das Kabinett heute unter Vorsitz des Zaren eine wichtige Beratung über die Balkanpolitik in Peterhof haben wird, der man hier entscheidende Bedeutung beimißt.

⊙ **Wien,** 12. Juli.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, werden Serbien und Griechenland darauf bestehen, daß bei den Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes von allem Anfang an klare Situation geschaffen wird. Man sagt: „Entweder ist Bulgarien auf Grund des bisherigen Kriegsverlaufes zu einem raschen Friedensschluß bereit, dann muß es definitiv vor allen Verschleppungsversuchen absehen, oder Bulgarien will nur Zeit gewinnen, um bei seiner feindseligen Haltung beharren zu können, dann werden die Verbündeten die militärische Aktion in beschleunigter Weise bis ans Ende durchführen. Es ist selbstverständlich, daß Bulgarien für die furchtbaren Opfer, die es dem serbischen Volk durch den Krieg aufgezwungen hat, angemessene Entschädigung leisten muß. Da der Krieg von Bulgarien begonnen und verschuldet wurde, ist es an der bulgarischen Regierung, an Serbien und Griechenland mit Vorschlägen heranzutreten, welche einen raschen Friedensschluß ermöglichen. Die Kriegsoperationen sind derart vorgeschritten, daß keine Minute zu verlieren ist, soll den im unaufhaltsamen Vormarsch begriffenen siegreichen Truppen noch vor der Entscheidungsschlacht Halt geboten werden.

Belgrad, 11. Juli. (W. K. T. B.) Ministerpräsident Paschitsch hat die von dem russischen Gesandten übermittelten Vorschläge Rußlands zur Herbeiführung des Friedens zur Kenntnis genommen und erklärt, er werde sich mit dem Armeekommando und den Verbündeten in Verbindung setzen.

Besetzung von Serres durch die Griechen.

Zahlreiche griechische Notabeln von den Bulgaren niedergemacht. — Ein Protest der griechischen Regierung bei den Mächten.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

□ **Athen,** 12. Juli.

Mit großer Begeisterung wird soeben die Nachricht aufgenommen, daß Serres durch ein griechisches Detachement besetzt worden ist. Große Mengen Munition und Lebensmittel sind in die Hände der Griechen gefallen. Die Bulgaren, die panikartig die Stadt verließen, massakrierten zuvor dreihundert Griechen. Beim Pressebureau des Generalstabes in Doiran lief um 5 Uhr 30 Minuten vom Platzkommandanten aus Serres die Meldung ein, daß in Serres der Kriegszustand verkündet und eine Bürgerwehr eingerichtet wurde, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine Abteilung besetzte das Land außerhalb der Stadt, um es vor eventuellen Angriffen der Komitatschi zu schützen. Die Bulgaren verließen die Stadt panikartig, und in der Aufregung der Flucht vergaßen sie an siebzig griechische Notabeln, die sie als Geiseln mitzunehmen beabsichtigten. Unter den martervoll Gemordeten befindet sich ein bekannter Athener Arzt, und noch viele andere gutklingende Namen werden genannt. Ferner ist das Schicksal von dreißig Notabeln unbekannt, die von Doiran als Geiseln von den Bulgaren mitgeführt wurden. Unter ihnen befindet sich der Metropolit von Doiran. Sie waren in einen von Doiran abgehenden Zug geschafft worden, um nach Serres gebracht zu werden, kamen dort aber nicht an, sondern sind wahrscheinlich unterwegs massakriert worden. Eine Abordnung der Griechen aus Serres, die in Nigrita anlangte, berichtete, daß unter den von den Bulgaren bei ihrem Abzuge umgebrachten Notabeln sich auch der Direktor der Orientbank, Stamulis, und der Gymnasialdirektor Papapawlu sowie zwei Aerzte befanden. Eine bulgarische Abteilung, die wieder in Serres eindringen wollte, wurde von den Einwohnern, welche die griechische Flagge gehißt hatten, zurückgeschlagen. In Demir-Hissar haben die Bulgaren hundert Griechen, darunter den Metropoliten, niedergemacht. An der Straße von Serres nach Drama haben sie mehrere griechische Dörfer niedergebrannt. Die griechische Regierung hat sich in der Befürchtung, daß die Massaker sich wiederholen könnten, an die Mächte gewandt. Der Jubel im Volke über die errungenen Siege und das schneidige, verblüffende Vorgehen der Armee ist ungeheuer, obwohl vielen, deren Angehörige im Felde stehen, die Freude getrübt wird durch die Nachrichten über die starken Verluste und die Ungewißheit, da offizielle Verlustlisten bisher nicht erschienen sind. Aber das hindert nicht, daß heute Griechenland wie umgewandelt ist. Das moralische Weh, das jeder einzelne, auch der ärmste Bauer, darüber in sich trug, sein Vaterland der vergangenen Kriegsschlappen wegen bei Europa in schlechtem Ruf zu wissen, hat sich in stolzen Patriotismus verwandelt, der seinen Ausdruck auch in der beispiellosen Opferwilligkeit reicher Griechen im Auslande findet. Das frühere Mißtrauen, die Unzufriedenheit mit der Regierung und auch mit der Dynastie haben sich in festes Vertrauen verwandelt. Auch in politischer Beziehung hat sich in letzter Zeit manches geändert. Man ist heute der Ansicht, daß die Türken noch nicht die schlechtesten Nachbarn sind, tagtäglich laufen türkische Sympathiekundgebungen und Glückwünsche ein. Die Zeitungen veröffentlichen ganze Spalten davon. Dem Türken wie dem Griechen ist der Haß gegen Bulgarien heute gemeinsam, und besonders bei den Griechen wird er durch die stündlich einlaufenden Schilderungen bulgarischer Greueltaten geschürt. Vielleicht treten die beiden Völker sich jetzt politisch näher, jedenfalls scheint hierfür in Griechenland schon viel Sympathie vorhanden zu sein.

D **Saloniki,** 12. Juli.

König Konstantin hat sich nach einiger Rast mit seinem Generalstabe heute von Doiran nach Strumnitza begeben. Die Ermordung einer Anzahl angesehener Griechen durch die Bulgaren vor ihrem Abzug aus Serres hat hier die größte Erregung hervorgerufen. Man tadelt das gelinde Vorgehen gegen die gefangenen Komitatschis.

Die Alarmmeldungen aus Bulgarien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Bukarest,** 12. Juli.

Privatmeldungen berichten andauernd, daß in Sofia und Filippopel Aufruhr herrsche, der auf ganz Bulgarien überzugreifen droht. Es sei zu Zusammenstößen mit Truppen gekommen. Die Truppen hätten Salven abgegeben, so daß es zahlreiche Tote gab. Auch das Palais des Königs sei umringt, gegen Danew habe ein Unbekannter Schuß abgefeuert. Extrablätter verbreiten sogar die Meldung, König Ferdinand sei wegen der allseitigen Mißerfolge durch das erbitterte Volk ermordet worden.

(Weitere Nachrichten auf Seite 4.)

111.

Mit dem Berliner Gastwirt und Stadtverordneten Ferdinand Ewald ist gestern der hundertundelfte Sozialdemokrat in den Reichstag eingezogen. Der Wahlkreis Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Belzig hat zum erstenmal eine sozialdemokratische Vertretung erhalten. Die Reichstagslinke zählt jetzt 203 Mitglieder, und da auf der Gegenseite noch allerlei unregelmäßige Gäste, wie Polen, Welfen, Elsässer und Wilde sitzen, kann man nunmehr von einer sicheren Linksmajorität des deutschen Reichstages reden. An zwei Tagen hat die konservative Reaktion zwei empfindliche Niederlagen zu verzeichnen. Dem trutzigen Herrn v. Kröcher folgt der maßvolle Herr v. Oertzen in der Versenkung und Dr. Böhme, der Bauernbündler, und der rote Herr Ewald nehmen ihre Sitze ein.

Die Presse der Rechten macht von dem guten Rechte der homerischen Kämpen, den siegreichen Gegner zu schmähen, einen sehr ausgiebigen Gebrauch. Herrn Oertels „Deutsche Tageszeitung" erklärt zum hundertundeinten Male, daß die Fortschrittliche Volkspartei als bürgerliche Partei nun aber endgültig ausgespielt habe, und selbst der politische Instinkt, der dem Agrarierblatt sonst eignet, ist ihm über dem Schmerz der Niederlage verloren gegangen. Es redet von dem „guten Namen", den Herr v. Oertzen im Gegensatz zu dem unbekannten Herrn Ewald hat. Gerade das Agrariertum hat im Verein mit der Sozialdemokratie dafür gesorgt, daß der gute Name im politischen Leben Deutschlands an Kurswert verlor. Wer die Politik vorwiegend vom ästhetischen Gesichtspunkte wertet, mag das bedauern. Aber wenn die rücksichtslose Agrardemagogie den Liberalen das harte politische Denken anerzog, hat sie kein Recht, über die Konsequenzen ihrer eigenen Kampfmethoden zu schelten. Herr v. Heydebrand hat einst das Wort geprägt, daß es „ums Ganze" geht. Jawohl, es geht um die politische Gleichberechtigung in Deutschland, und wenn das Bürgertum in Zauch-Belzig jetzt erkannt hat, daß ein persönlich vornehmer Konservativer ein ebenso großes Hindernis für die längst reife bürgerliche Rechtsgleichheit ist wie irgendein Agrardemagoge, so hat es damit bewiesen, daß es den Sinn des Heydebrandschen Kampfwortes richtig begriffen hat. Die konservative Herrschaft in allen ihren Teilen ist der Damm, der sich der Gleichberechtigung aller Bürger entgegenstellt. Die Reichspartei hat sich mehr und mehr solidarisch mit den übrigen Rechtsgruppen erklärt, was Wunder, daß auch auf der Linken das Solidaritätsgefühl erstarkt. Deutlich drückt sich das im Stimmenverhältnis aus. Herr v. Oertzen hat in der Stichwahl nicht die Stimmenzahl des zweiten Wahlganges von 1912 zu behaupten vermocht, während der Sozialist Ewald seine Stichwahlziffer fast um volle 1000 Stimmen gegenüber dem Januar 1912 zu steigern vermochte. Das Zusammenwirken der Linken ist exakter geworden und die Liberalen marschieren geschlossener, wenn es einen Mann der Rechten zu werfen gilt.

Man hat zwar gemeint, daß die Lösung der Steuerfragen im Reichstage durch die Liberalen und das Zentrum den alten Gegensatz gegen die Schwarzblauen verwischt habe. Soweit das Zentrum in Frage kommt, müssen das erst die weiteren Nachwahlen erweisen. Vor allem wird es vom Zentrum selbst abhängen, inwieweit es sich bei künftigen Wahlen noch zu der alten Waffenbrüderschaft mit den Konservativen bekennt. Die Konservativen aber haben ja bei den Steuerfragen ihren gegensätzlichen Standpunkt wieder in der alten Schroffheit hervorgekehrt. Die Reichspartei hat zwar in zwölfter Stunde eine Schwenkung vollzogen, aber zu spät, um sie vor den Wählern zu entlasten, und ihre ganze sonstige Kampfstellung gegen die Linke hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Oertzen mit Herrn v. Kröcher in einen Topf geworfen wurde. Der Wähler differenziert nicht, er sieht nur die großen politischen Linien, und die führten ihn naturgemäß zu dem Urteil: ob deutschkonservativ oder freikonservativ, sie sind beide zum Falle reif.

Innerhalb der Linken weiß man aber auch, daß die Zusammenarbeit in anderen Parteikombinationen um so besser geht, je schwächer die Rechte ist. Jeder Mann, der drüben fehlt, erhöht das Schwergewicht des Liberalismus, ob nun die Linke für sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen Parteien etwas unternimmt. Das ist eine so einfache Rechnung, daß man schon die Beschränktheit der Nationalliberalen von Jüterbog besitzen muß, um sie nicht zu verstehen.

Der reaktionäre Einwand, daß die Sozialdemokratie die Wehrvorlage abgelehnt habe und eine Unterstützung ihrer Kandidaten darum „antinational" sei, sollte von politisch ernsthaften Leuten nicht mehr vorgebracht werden. Gerade der Verlauf und das Ergebnis der Verhandlung über die Rüstungsvermehrungen haben gezeigt, daß der nationalen Verteidigung durch den hundertundelften Sozialdemokraten keine Gefahr droht. Zauch-Belzig zeigt auch die politischen Hoffnungen rückschrittlicher Kreise, daß durch die gemeinsame Lösung der Rüstungsfragen eine „nationale" Strömung entstanden sei, so etwas wie ein deutscher „nouvel esprit", der sich in konservative Stimmen umsetzt, geknickt. Der deutsche Bürger nimmt die Rüstungsvermehrung auf sich, aber ohne Ueberschwang; er leistet mehr als seinen Pflichtteil bei der Bezahlung, und er begleicht politisch die Rechnung mit denen, die ihn auch bei dieser Gelegenheit doppelt belasten und ihm dennoch seine bürgerliche Gleichberechtigung vorenthalten wollten.

Der Ausfall der letzten beiden Reichstagsnachwahlen sollte auch nicht spurlos an der Regierung vorübergehen. Wenn viele Wähler auch in erster Linie der konservativen Steuerscheu einen Denkzettel geben wollten, so drückt sich in den Wahlergebnissen zweifelsohne auch eine Unzufriedenheit mit der Haltung der Regierung aus. Herr v. Bethmann Hollweg ist die Antwort auf die Frage schuldig geblieben: Wo bleibt die Gegengabe an das Volk? Will der Reichskanzler angesichts der allgemeinen Abwendung von den Konservativen auch weiterhin alle Reformen aus Angst vor dem Stirnrunzeln der Ostelbier weigern? Dann wird er bald noch